

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Politik als Wissenschaft - Wissenschaft von der Politik

Im Auftrag der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik geben die Professoren *Adolf Grabowsky*, *Alexander Rüstow* und *Otto Suhr* seit kurzem wieder die *Zeitschrift für Politik* heraus (Carl Heymanns Verlag, Berlin-Charlottenburg). In einem Geleitwort (Heft 1) proklamiert *Alfred Weber* einen „weltoffenen und toleranten, aber doch nach vorn gerichteten Sinn“ und eine „breite und offene Diskussionsbasis“ und unterstreicht die Bedeutung, die eine solche Zeitschrift gewinnen kann: „Sie hat in dem immer noch von Kleinlichkeiten, Engigkeiten und Gehässigkeiten angefüllten, zugleich mit politischer Weltkenntnis so wenig ausgestatteten Deutschland eine große Aufgabe zu erfüllen.“ Danach erörtert *Prof. Otto Heinrich von der Gablentz* grundlegend das Thema „*Politik als Wissenschaft*“; aus seinen durchaus lebensnahen Betrachtungen zitieren wir zustimmend Sätze, wie „Politik ist Kampf um eine gerechte Ordnung“ und „Die Wissenschaft von der Politik ist wie jede Wissenschaft vom Menschen ein Teil der Ethik“. Später (2) fragt dann *Alexander Rüstow*: „Weshalb Wissenschaft von der Politik?“ und definiert die Wissenschaft von der Politik treffend als „die Wissenschaft von der Gesamtgestalt des sozialen Körpers, seiner Strukturen und Wirkungsgesetze“, wobei der Ton eben auf den „Gesamt-

zusammenhängen“ liegt, „die durch die Gebiete aller Teilwissenschaften durchgehen“. In dieser Begründung sieht er nicht etwa nur eine logische Abgrenzung gegen Nationalökonomie, Soziologie usw., sondern solche „Erkenntnisplanung“ erscheint ihm als Lebenselement eines demokratischen Regierungssystems, das sich gegenüber der „Befehlsplanung“ totalitärer Systeme behaupten will; ein sehr fruchtbarer Gedanke! Von einem anderen Ausgangspunkt her wird er interessant abgewandelt in einem Aufsatz „Politik im Licht der Menschenkunde“ von *Prof. August Vetter* (3). So ist mit den ersten drei Heften, die im übrigen, wie wir sehen werden, noch eine Fülle anregender Arbeiten enthalten, eine sichere Basis für Politik als Wissenschaft gelegt.

Krisenerscheinungen der Demokratie

„Die demokratische Welt kann den Versuchen des Kommunismus, durch Ausnutzung von Unklarheiten, Mißverständnissen und Zweifeln die demokratische Einheitsfront zu zersetzen, nur dann erfolgreich entgegentreten, wenn sie sich nicht scheut, Krisenerscheinungen der Demokratie im Lichte voller Öffentlichkeit und im Geiste objektiver Wissenschaftlichkeit zu behandeln.“ Der Satz steht in einer großen Arbeit, die *Prof. Ernst Fraenkel* unter dem Titel „Diktatur des Parlaments“ in der *Zeitschrift für Politik* (2) veröffentlicht. Aus einer scharfsinnigen Auseinandersetzung mit dem „McCarthyism“ wird eine auf die Erfahrungen in verschiedenen Ländern (England, Deutsch-

land, Frankreich, USA) zurückgreifende grundsätzliche Betrachtung über „Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, öffentliche Meinung und Schutz der Freiheitsrechte“. Wer die noch längst nicht überwundene, latent stets vorhandene Gefahr, daß die Demokratie aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen, d. h. zur Abwehr des terroristischen Totalitarismus selbst terroristisch-totalitär werden könnte, sehr ernst nimmt, wird für das von Ernst Fraenkel bereitgestellte geistige Rüstzeug dankbar sein.

Man muß indes nicht über den Ozean reisen, um Krisenerscheinungen der Demokratie wahrzunehmen. Selbst am grünen Holz der demokratischen Schweiz gedeihen sie. Doch ist zum Glück die Medizin der Selbstkritik zur Hand, wie uns ein Aufsatz von *Dr. Hans Zimmermann* in den *Schweizer Monatsheften* (Januar 1955) beweist. Der Verfasser, selbst Anhänger „bürgerlicher“ Parteipolitik, erörtert sein Thema „Führung und Willensbildung in den politischen Parteien“ sehr konkret an der Praxis der bürgerlichen Parteien seines Landes; was er kritisch über den „Mißbrauch der Führergewalt im Parteileben“, über die Verletzung der demokratischen Regeln bei der parteiinternen Beschlußfassung usw. zu sagen hat, gilt aber gewiß nicht nur (und nicht einmal in erster Linie) für die Schweiz; man lese nur seine Kritik an der zu weit gehenden Kompetenzfülle gewisser Parteiführer ...

Menschenrechte und Schutz der Minderheiten

Im *Europa-Archiv* (1954/19) hat *J. W. Brügel* eine ebenso konzentrierte wie übersichtliche Darstellung der jetzt vorliegenden Konventionentwürfe der Vereinten Nationen über die Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten veröffentlicht und dabei auch besonders die Frage des Schutzes der Minderheiten untersucht, die ja ein wesentliches Kriterium für echte Demokratie ist. Brügel begnügt sich keineswegs mit bloßem Referieren, sondern weist auch deutlich auf die vielen Schwächen der Entwürfe hin; so tadelt er mit Recht, daß das *Streikrecht*, das viele Verfassungen ausdrücklich anerkennen, trotz der darauf hienzielenden Bemühungen der an den Kommissionsarbeiten teilnehmenden Vertreterin des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der früheren Reichstagsabgeordneten *Toni Sender*, keine Aufnahme in die Reihe der zu schützenden Rechte gefunden hat. Auch die verschiedenen Vorschläge zum Schutz der Minderheiten bleiben nach Brügels Darstellung leider hinter dem Inhalt der nach dem ersten Weltkrieg abgeschlossenen Minderheitenschutzverträge zurück.

In höchst bedauerlicher Weise ist das Minderheitenproblem in jüngster Zeit durch die Ausschaltung einer Vertretung der dänischen Min-

derheit im Landtag von Schleswig-Holstein akut geworden, ein Vorgang, der z. B. in der Schweizer Presse viele für die Bundesrepublik recht unerfreuliche Kommentare zur Folge hatte. Bei unserem Blick in Zeitschriften fanden wir zwei Beiträge zu diesem Thema: im *Europa-Archiv* (1955/1) ist ein Referat „Funktionen der Minderheiten im gegenwärtigen Europa“ wiedergegeben, das *Prof. Eberhard Menzel* anlässlich des „Deutschen Tages“ in Tondern gehalten hat, und die *Deutsche Rundschau* (Januar 1955) gibt dem seit langem in Flensburg wirkenden Pastor *Johannes Tonnesen* das Wort zu einem kleinen Plädoyer für freundschaftliches Zusammenleben im Grenzland und „für ein freierliches Minderheitenrecht für unsere dänischen Landsleute“. Noch wichtiger erscheint uns die genaue Kenntnis des Verlaufs der Bundestagsdebatte, die im Anschluß an eine Große Anfrage der SPD über „die Verletzung des nationalen Minderheitenrechts und des Kieler Abkommens durch die Regelung des Wahlrechts im Lande Schleswig-Holstein“ stattfand; die zu diesem Thema gehaltenen Reden sind im Wortlaut in *Das Parlament* (1955/2) nachzulesen.

Eine „Anschluß“-Debatte

Die seit einem Jahr in Wien erscheinende, sehr anregende Zeitschrift *Forum* (Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit) hat eine über drei Hefte (11, 12, 13) sich erstreckende, sehr bemerkenswerte grundsätzliche und aktuelle Artikelserie über das Verhältnis zwischen Österreich und der deutschen Bundesrepublik veröffentlicht. „Österreich ist lebensfähig“, erklärt und beweist im einleitenden Aufsatz Vizekanzler *Dr. Adolf Schärf*, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs. Für „emotionelle Entlastung und rechtliche Klarheit“, für „Partnerschaft, nicht Fusion“ plädiert Nationalrat *Dr. Lujo Toncic-Sorinj* (Österreichische Volkspartei), während *Peter Strasser* das Thema „Die österreichische Arbeiterschaft und Deutschland“ historisch (seit der Jahrhundertwende) und aktuell behandelt und zu folgendem Ergebnis kommt: „Der Internationalismus der österreichischen Arbeiterbewegung ist unverändert geblieben . . . Das Bekenntnis zur Lebensfähigkeit der österreichischen Republik ist kein Bekenntnis zur europäischen Kleinstaaterei. . . Die österreichischen Sozialisten treten für die europäische Einigung ein. Aber der Weg zu Europa führt nicht über Deutschland, und die europäische Einheit wird sich nicht aus einem regionalen Zusammenschluß einzelner Staaten ergeben, sondern aus der gleichmäßigen Integration aller freien europäischen Nationen. Österreich wird nicht als Anhängsel irgendeiner europäischen Großmacht, sondern als freie und selbständige Republik seinen Platz in der Gemeinschaft der europäischen Völker einnehmen.“ Mit weiteren Beiträgen greifen dann in die

ungewöhnlich gehaltvolle Debatte ein: *Dr. Franz Josef Schöningh*, Herausgeber der katholischen Monatsschrift „Hochland“ und Mitherausgeber der „Süddeutschen Zeitung“, der das gemeinsame geistige Antlitz der beiden Völker heraufbeschwört, und der österreichische Journalist *Dr. Roland Nitsche*, der höchst temperamentvoll das Trennende betont: „Vor allem sollten wir endlich einsehen: Österreicher und Deutsche sind keine Brüder. Sie stehen zueinander in dem peinlichsten Verhältnis, das zwischen Menschen denkbar ist: sie sind Stiefbrüder; also zu nahe verwandt, um einander gleichgültig zu lassen, aber nicht nahe genug, um Brüderlichkeit behaupten zu können ... Nein, ich glaube nicht an die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft und an den Anschluß als deren notwendigen oder möglichen politischen Ausdruck. Ich glaube hingegen an Respekt auch unter Stiefbrüdern, ich glaube an europäische Zuneigung zwischen Nachbarn ...“ Weiter äußern sich noch der deutsche Bundestagsabgeordnete *Hans-Joachim v. Merkatz* und der österreichische Historiker *Dr. Ludwig Jedlicka*. „Anschluß: an Europa“ hat die Redaktion des *Forum* recht bezeichnend den positiven Kern dieser „Anschluß“-Debatte formuliert.

Geschichte und Theorie des Sozialismus

Die 100. Wiederkehr des Geburtstages von *Karl Kautsky* hat den Anlaß zu verschiedenen größeren Arbeiten über diesen sozialistischen Theoretiker und Historiker gegeben. Eine Darstellung seines langen Lebens (1854—1938) gibt *Prof. Hermann Brill* in einer sehr umfangreichen, reich dokumentierten Studie in der *Zeitschrift für Politik* (3) — zugleich ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung mehrerer Länder und mehrerer Generationen und speziell zur Geschichte der großen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung. Als Kautskys „größtes Werk“ bezeichnet Brill die Herausgabe der Zeitschrift *Die Neue Zeit*, der er ein langes Kapitel widmet. Brills im einzelnen nicht unkritische Studie ist sehr geeignet, unser Interesse für das Werk dieser zu Unrecht fast vergessenen sozialistischen Persönlichkeit neu zu beleben.

Ober „Victor Adler, August Bebel und Karl Kautsky“ schreibt im Anschluß an die kürzlich durch Friedrich Adler besorgte Veröffentlichung des Briefwechsels Victor Adlers mit Bebel und Kautsky in der Wiener sozialistischen Monatsschrift *Die Zukunft* (1954/9) *Benedikt Kautsky*, von dem bei dieser Gelegenheit zwei andere wichtige Beiträge zur Geschichte und Theorie des Sozialismus genannt seien: gleichfalls in der *Zukunft* (12) über „Probleme des Marxismus“ (hier werden vor allem die Schriften des jungen Marx besprochen); im *Forum* (13) setzt sich *Benedikt Kautsky* scharf mit Leopold

Schwarzschilds tendenziösem Marx-Buch „Der rote Preuß“ auseinander; mit Recht schreibt Kautsky: „Vor allem aber erweist man der Sache der Demokratie den schlechtesten Dienst, wenn man die Kommunisten als die legitimen Erben des Marxismus hinstellt. Sie waren es niemals und sind es heute weniger denn je. Der echte Marxismus ist seinem Wesen nach demokratisch.“ In diesem Zusammenhang sei nochmals auf die inzwischen weitergeführte wichtige Artikelreihe „Marx' Bedeutung für die heutige Gewerkschaftsbewegung“ von *Irmgard Enderle* in *Der Gewerkschafter*, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, hingewiesen (1954, 8/9).

„Gibt es eine sozialistische Kultur?“ fragt *Fritz Baumann*, einer der lebendigsten Köpfe der Schweizer Sozialdemokratie, in der *Roten Revue* (1954, 11/12) und kommt zu dem Ergebnis: „Wir sind in der ‚westlichen Welt‘ zum Teil recht nachdrücklich auf dem Weg zur sozialistischen Kultur. Aber im Weltmaßstab sind wir unendlich weit weg von der Freiheit für alle Menschen. Wir Sozialisten werden jämmerlich versagen, wenn wir nicht bald und sehr ernsthaft ans Werk gehen, um die hungernden und an allem notleidenden Menschen besonders des Fernen Ostens durch praktische Solidarität auf den Weg zur Freiheit zu führen. Insofern kann die sozialistische Bewegung nicht national und westlerisch, sondern muß erdumfassend sein. Das ist eine Forderung der sittlichen Idee, die der sozialistischen Bewegung zugrunde liegt wie ein Gebot ganz nüchterner, sachlicher Überlegung: Die schönste westliche sozialistische Kultur würde vom Osten überrannt, wenn dort Hunger und Not fort dauern sollten.“

Gewerkschaftsprobleme

Politische Studien, die Monatshefte der Hochschule für Politische Wissenschaften in München, veröffentlichen (55) eine ausgedehnte Untersuchung über „Lohnpolitik — Träger überbetrieblicher Mitbestimmung“. Der Verfasser, *Ernst Mosich*, laut redaktioneller Vorbemerkung als „Betreuer der Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern“ tätig, bekennt sich zur „sozialen Marktwirtschaft“ und „zum Gedanken der Sozialpartnerschaft im Raume der sozialen Autonomie“. Eine Gefährdung dieser von ihm erstrebten Harmonie sieht er „im Tun und Wollen maßgeblicher Führungskreise der deutschen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, wobei er betont, daß er „die Gewerkschaftsorganisation in ihrem Existenzrecht, ja in ihrer Existenznotwendigkeit voll und ganz bejahe“. Seine weiteren Ausführungen gelten dann einer umfassenden Polemik gegen die „dynamische Lohnpolitik“ von *Dr. Agartz*, während er die „grundsätzliche Zurückhaltung das Streben nach Einsicht in das Tat-

sächliche“ rühmt, die er bei den „Freien Sozialisten“ feststellt — eine Bezeichnung, die er auf die Professoren *Heinz-Dietrich Ortlieb*, *Nell-Breuning* und *Schiller* bezieht; auch ihnen wirft er dann aber vor, daß „über eine neue lohnpolitische Zielsetzung hinweg im Rahmen der sozialen Autonomie die Ordnungen unterminiert werden, die zum Wesensgehalt des Staates und seiner Vorstellungen über das Wirtschafts- und Sozialleben seiner Bürger gehören“. Trotzdem hofft Mosich: „Das Grundsatzaabkommen zwischen dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 7. 9. 1954 mit seinen Empfehlungen an die Träger der Tarifverträge, an die nach Wirtschaftszweigen und nach regionalen Gesichtspunkten gegliederten Vertragspartner, kann — und muß — ein positiver Wendepunkt in unserer sozialwirtschaftlichen Gesamtentwicklung sein und werden.“ Wir nehmen an, daß die *Politischen Studien* weitere Beiträge zu diesem wichtigen Thema, vor allem von gewerkschaftlicher Seite, für ihre nächsten Hefte vorbereitet haben.

Ein zentrales Thema der amerikanischen Gewerkschaften behandelt *Otto Leichter* in der *Gewerkschaftlichen Rundschau* (1954/12), der Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in einem interessanten Aufsatz über „Die amerikanischen Gewerkschaften und

die Neger“. Der Verfasser ist, nach einer Studienreise durch den Süden der Vereinigten Staaten, der, hoffentlich nicht zu optimistischen, Ansicht, daß es „kaum mehr angefochten“ sei, daß es nur noch *einen* Weg für die amerikanische Gewerkschaftspolitik im Süden geben könne, nämlich den „des gemeinsamen sozialen Aufstiegs der Weißen und Schwarzen durch eine Politik, die jede Ungerechtigkeit gegen die Neger eliminiert, weil sie notwendigerweise auch zu wirtschaftlichen Nachteilen für die weißen Gewerkschaftsmitglieder führt“. Die Zeit sei nahe, in der die Gewerkschaften auch in den Südstaaten „den Unterschied in der Hautfarbe gar nicht mehr merken werden“. — Im gleichen Heft wirft ein anderer Mitarbeiter, *Ray Sherwood* (London), die Frage auf, ob auch England sein Rassenproblem bekomme. Er spricht von dem Zustrom Farbiger, hauptsächlich aus Westindien, nach England und von den gelegentlichen Zwischenfällen und Streitigkeiten, die sich zwischen ihnen und englischen Arbeitern ergeben. Der Verfasser sieht die einzig mögliche Lösung des Problems in einer Hebung der Lebenshaltung und sozialen Sicherheit in Westindien, wodurch nach seiner Ansicht die nicht erwünschte Einwanderung (man erwartet für 1955 immerhin 20 000 solcher Einwanderer) samt den daraus resultierenden sozialen Reibungen aufhören werde.

Dr. Walter Fabian